

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2022

UNSERE ANTWORTEN AN DIE AIDSHILFE NIEDERSACHSEN e.V.

1. Etats für Prävention von HIV und Geschlechtskrankheiten ausbauen

Die Arbeit der Aidshilfe Niedersachsen ist unerlässlich. Wie bereits in der Vergangenheit werden wir die Aidshilfe auch weiterhin unterstützen und finanziell absichern. Das haben wir auch im Rahmen der Beratungen für den Doppelhaushalt 2022/2023 deutlich gemacht, indem wir zusätzliche Mittel über die politische Liste bereitgestellt haben. Die in der Fragestellung genannten Kürzungen in den kommenden Haushaltsjahren gibt es daher nicht, sie wurden auf diesem Weg bereits korrigiert.

2. Menschen mit HIV vor Diskriminierung schützen

Wir setzen uns gegen jede Form der Diskriminierung und Ausgrenzung ein. Auch nach Jahrzehnten sind HIV-positive Menschen leider noch häufig Diffamierungen ausgesetzt. Die Betroffenen verdienen nicht nur unsere gesellschaftliche Unterstützung, sondern vor allem müssen wir gemeinsam weiter dafür arbeiten, Vorurteile und Ängste abzubauen. Diskriminierung und Ausgrenzung ist auch bei an Aids erkrankten Personen nicht tolerierbar und fordert unseren ganzen Widerstand.

Moderne HIV-Therapien sind darüber hinaus sehr wirkungsvoll. Es gibt aus unserer Sicht keine Gründe, warum HIV-positive Menschen nicht in allen Berufen arbeiten können sollten. Auch im Beamtenbereich sollten keine anderen Maßstäbe gelten, auch wenn im Einstellungsverfahren verfahrenstechnische Besonderheiten zu beachten sind.

3. Drogenkonsum entkriminalisieren, Gesundheit schützen

Drogenmissbrauch wollen wir möglichst von vornherein durch gute Präventionsarbeit verhindern. Aber auch drogenabhängige Menschen dürfen nicht stigmatisiert und sich selbst überlassen werden. Verbote und Kriminalisierung stehen einer effektiven Suchtprävention und dem Jugendschutz entgegen und binden zudem enorme Ressourcen bei Justiz und Polizei.

Die Strafverfolgung führt häufig dazu, dass Menschen durch soziale Ausgrenzung vielfach nicht erreicht werden können. Wir setzen uns vor diesem Hintergrund für eine moderne Drogenpolitik ein, bei der der wirksame Gesundheitsschutz für Konsument*innen, die Stärkung von Beratung und Prävention, bestmöglicher Kinder- und Jugendschutz, Kriminalitätsbekämpfung und Rechtssicherheit im Vordergrund stehen. Die Pläne der Ampel-Koalition zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften begrüßen und unterstützen wir.

4. Gesundheitsversorgung für inhaftierte Menschen verbessern

Sowohl eine zeitgemäße gesundheitliche Versorgung als auch die Gesundheitsförderung der Gefangenen in den Strafvollzugsanstalten gehören neben weiteren Aspekten zu den wichtigsten Aufgaben einer modernen Strafvollzugspolitik. Wir wollen auch für den Strafvollzug weiterhin eine gesicherte medizinische und psychiatrische Versorgung erzielen. Für eine bessere Gesundheitsversorgung werden wir nicht nur die Möglichkeit der Telemedizin und den Ausbau von Kooperationen mit externen Partnern wie Kliniken und Großpraxen nutzen, sondern werden uns ebenso wie die Bundes-SPD dafür einsetzen, dass auch für Inhaftierte die gesundheitlichen Versorgungsstandards gelten, die den gesetzlich Versicherten zugutekommen. Zusätzlich werden wir die vorhandenen Angebote bzgl. Gesundheits- und Drogenprävention weiter ausbauen.

5. Sexarbeit ist Arbeit: Rechte und Absicherung von Sexarbeiter*innen stärken

Für uns ist Sexarbeit kein Beruf wie jeder andere. Die Besonderheiten und Gefahren dieses Gewerbes, die Sicherheit im Arbeits-, Sozial- und Strafrecht sowie die weitere Entstigmatisierung bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Zum Schutz der in der Prostitution tätigen Personen braucht es klare und durchsetzbare Regeln. Für deren Ausgestaltung ist es von Bedeutung, ob eine Person freiwillig der Prostitution nachgeht, aus mehr oder weniger unfreiwilligen Gründen sexuelle Handlungen gegen Geld anbietet oder ob eine Person Opfer von Zwangsprostitution ist.

Der Schutz und die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen für Menschen, die der Prostitution nachgehen, sind uns ein zentrales Anliegen. Das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten muss gestärkt und deren Stigmatisierung abgebaut werden. Die SPD setzt sich für die Entstigmatisierung und gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Sexarbeit ein.

Die Fachberatungsstellen für Sexarbeitende leisten einen maßgeblichen Beitrag, die Situation von Sexarbeitenden in Niedersachsen zu verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, die Fachberatungsstellen dauerhaft zu erhalten.

6. Frauen mit HIV in Forschung und Beratung sichtbarer machen

Frauen und Männer leider unterschiedlich häufig und unterschiedlich schwer an verschiedenen Erkrankungen und reagieren unterschiedlich auf Therapien. Das gilt auch für an HIV erkrankte Frauen. Sie sind in der medizinischen Forschung unterrepräsentiert. Dieser besonderen Situation sind wir uns bewusst und haben diesen Umstand in der Vergangenheit auch stets berücksichtigt. Für eine geschlechtergerechte Forschung, Beratung und Behandlung werden wir uns auch in Zukunft weiterhin einsetzen.

7. Medizinische Versorgung für ALLE Menschen

Wir sind der festen Überzeugung, dass jedem Menschen – unabhängig von der Herkunft oder des Aufenthaltsstatus – eine hochwertige Gesundheitsversorgung zusteht. Es hat in der aktuellen Legislaturperiode Modellversuche für die medizinische Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltspapiere gegeben. Eine Quantifizierung zur Feststellung des weiteren Bedarfs war durch die Beratungsstellen nicht möglich. Einem weiteren Austausch zu diesem Thema und der Suche nach geeigneten Lösungen für den betroffenen Personenkreis stehen wir nach wie vor offen gegenüber.

8. Flächendeckend (Schnell-)Testangebote

Um die Zahl der HIV-Neuinfektionen zu verringern, ist der flächendeckende Zugang zu anonymen und niedrigschwelligen Testangeboten unabdingbar. Mit dem Haushalt 2022/2023 haben wir daher Mittel für die Ausweitung des Testangebots auf alle 12 Regionen bereitgestellt. Unabhängig davon können sich Menschen in Deutschland seit 2018 HIV-Selbsttests zum Beispiel in Apotheken, Drogerien oder im Internet kaufen – auch ohne ärztliche Verordnung. Das Paul-Ehrlich-Institut stellt dazu auf seiner Internet-Seite Produktinformationen und Hinweise bereit. Damit ist eine sehr niedrigschwellige und anonyme Testmöglichkeit geschaffen worden. Die SPD unterstützt das ausdrücklich.

9. Sicherstellung einer flächendeckenden, qualitativen Versorgung von Menschen mit HIV

Der Niedersächsische Landtag hat auf unsere Initiative hin 2019 die Enquetekommission zur Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung eingesetzt. Die Kommission hat es sich zur Aufgabe gemacht, konkrete und zukunftsweisende Empfehlungen zur Sicherung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung der niedersächsischen Bevölkerung als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge zu entwickeln. Eine vergleichbare Enquete hat es bisher in keinem anderen Bundesland gegeben. Diese breit konsentierten Ergebnisse sind unser Orientierungsmaßstab in der aktuellen und kommenden Legislaturperiode.

Eine zentrale Herausforderung ist dabei auch die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen medizinischen Versorgung für alle Menschen in Niedersachsen. Als treibende Kraft haben wir gemeinsam mit der SPD-geführten Landesregierung bereits in der laufenden Legislaturperiode mit richtungsweisenden Beschlüssen die Weichen für die Zukunft gestellt. Dabei haben wir auch die flächendeckende Versorgung von Menschen mit HIV im Blick.

10. Verbesserung der Versorgung mit der PrEP (Prä-Expositionsprophylaxe)

Die Präexpositionsprophylaxe ist eine wirkungsvolle HIV-Präventionsmethode. Daher begrüßen wir den im September 2019 geschaffenen gesetzlichen Anspruch auf ärztliche Beratung, Untersuchung und Arzneimittel zur Vorsorge. Die Genehmigung zur Verordnung der PrEP gemäß der bestehenden Qualitätssicherungsvereinbarung HIV/Aids liegt im Rahmen der Selbstverwaltung bei der Kassenärztlichen Vereinigung.

11. Selbstbestimmung und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für trans* und abinäre Personen

Wir setzen uns gegen Diskriminierung und Ausgrenzung auf allen Ebenen der Gesellschaft ein. Das beinhaltet auch eine selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für trans* und abinäre Menschen. Wir wollen, dass trans-, inter- und nicht binäre Menschen im Recht gleichbehandelt werden. Die überfällige Abschaffung des Transsexuellengesetzes sowie die geplante Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes durch die Ampel-Koalition auf Bundesebene begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich.

12. Aufklärung über sexuelle Gesundheit bei jungen Menschen verbessern

Die Behandlung des Themas HIV/AIDS sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten ist seit Jahren fester Bestandteil schulischer Aufklärungsarbeit und Sexualerziehung. Alle Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen werden zu diesem Thema umfänglich und adressatengerecht informiert. Die Aufklärungsarbeit zu sexuell übertragbaren Krankheiten gehört zum schulischen Bereich der Sexualerziehung. Hierzu gelten die besonderen Bestimmungen des § 96 Abs. 4 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG). So erfolgt dies in den verschiedenen Schulformen angemessen und altersgerecht auf Grundlage der curricularen Vorgaben verschiedener Unterrichtsfächer (z. B. Biologie, Werte und Normen, Evangelische Religion, Katholische Religion) und ist im Rahmen der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schule Bestandteil schulischer Gesundheitsförderung und Prävention. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode prüfen, wie wir die Aufklärung über die sexuelle Gesundheit bei jungen Menschen in den Schulen in Niedersachsen noch weiter verbessern können.